



NACH TOD DER LINKEN RICHTERIN RUTH BADER GINSBURG

Kommt jetzt die konservative Mehrheit im US-Supreme Court?

Wenn 2020 das Buch der Offenbarung ist, dann wurde eben mit dem Tod der Obersten US-Richterin Ruth Bader Ginsburg das Siebte Siegel aufgebrochen, das das Tor zur Hölle öffnet: Polter-Moderator Alex Jones prophezeigte „Das gibt Bürgerkrieg!“

Oberste Richter werden in den USA auf Lebenszeit ernannt. Die linksgerichtete 87-jährige Ruth Bader Ginsburg war seit längerem an Leber-und Bauchspeicheldrüsenkrebs erkrankt, wollte aber dem Vernehmen nach möglichst am Leben bleiben, um zu verhindern, dass Donald Trump einen dritten Obersten Richter ernennt und damit eine konservative Mehrheit von 6 zu 3 im Supreme Court sichert.

„Das wird den Linken nochmal den Turbolader geben, um total durchzudrehen und in Weltuntergangsmodus zu schalten“, kommentierte der konservative Moderator [Alex Jones](#). „Denn dann werden Konservative auf zehn Jahre oder mehr den Supreme Court dominieren.“

Schon bei der Nominierung des verhältnismäßig moderaten Richters Brett Kavanaugh 2018 (PI-NEWS berichtete [hier](#) und

[hier](#)) verwandelten linksradikale Gegendemonstranten das Kapitol in ein Kriegsgebiet, griffen Abgeordnete körperlich an und versuchten, den seit 16 Jahren verheirateten katholischen Familienvater als Serienvergewaltiger darzustellen.

Trump wird dem Vernehmen nach vielleicht schon diese Woche vermutlich die junge katholische Richterin [Amy Coney Barrett](#) (48) nominieren, eine Schülerin des konservativen Vorreiters Anthony Scalia der Schule der „Originalisten“, die das Recht wieder wie geschrieben interpretieren wollen und einer langen Serie von „aktivistischen“ Richtern ein Ende setzen wollen.



Die 48-jährige Konservative Amy Coney Barrett könnte 40 Jahre oder mehr das Recht der USA mitbestimmen; Foto: Screenshot InfoWars

Seit dem Fall „Roe versus Wade“ 1973, der die Abtreibung in USA legalisiert hatte, da sie angeblich in der Verfassung durch das Recht auf Privatsphäre verankert sei, wuchs die konservative Kritik an einem immer übergriffiger werdenden Obersten Gerichtshof. Entscheidungen, die zu unpopulär waren, um eine Mehrheit im Parlament zu erzielen, würden stattdessen durch die Justiz durchgepaukt, so die Kritik. Bader Ginsburg

steht stellvertretend für diesen richterlichen Aktivismus.

Bader Ginsburgs letzter Wunsch war es angeblich, dass die Wahl eines Nachfolgers erst nach der Präsidentschaftswahl am 3. November erfolge. Diese Entscheidung liegt jedoch nicht in ihrer Kompetenz. Die Republikanische Mehrheit im Senat könnte also noch im Oktober zum Beispiel Amy Coney Barrett als Richterin bestätigen. Damit würde es im Falle einer umstrittenen Präsidentschaftswahl wie 1990 Gore gegen Bush viel schwieriger für die Demokraten, eine Wiederwahl Trumps anzufechten, wie schon von [mehreren linken Soros-Gruppen](#) geplant.

Die Demokraten warfen den Republikanern vor, mit zweierlei Maß zu messen: Im Wahljahr 2016 hatte die republikanische Mehrheit elf Monate lange Barack Obama daran gehindert, einen neuen Obersten Richter zu ernennen, mit Hinweis auf die bevorstehende Wahl. „Das Volk sollte mit entscheiden dürfen“, so der republikanische Mehrheitsführer Lindsey Graham damals.

Republikaner drehten den Spieß um und wiesen darauf hin, dass Barack Obama seinerzeit für das Recht eines amtierenden Präsidenten gekämpft hatte, einen neuen Obersten Richter auch in einem Wahljahr zu benennen:

Summer's almost over, Senate leaders. [#DoYourJob pic.twitter.com/JOEchACJ6i](#)

– Barack Obama (@BarackObama) [August 30, 2016](#)

Die Linke hat sich damit in dreifacher Hinsicht ein Ei gelegt: Nicht nur haben sie dem Obersten Gerichtshof in einem schleichenden Prozess weitreichende Kompetenzen eingeräumt, die jetzt vielleicht auf Jahre hin von Konservativen ausgeübt werden; sie haben 2013 unter Obama auch dafür gesorgt, dass eine einfache Mehrheit im Senat (und nicht wie zuvor 60 Stimmen) für die Bestätigung eines Obersten Richters reicht.

Außerdem hat Obama selbst den Republikanern die Rechtfertigung geliefert, vor der Wahl noch einen Kandidaten durchzudrücken. Übrig bleibt ihnen also vermutlich nur noch Chaos und Randalen und die Einschüchterung und Bedrohung von moderaten Senatoren.



„Alle Leben zählen“: Miss Bikini UK verliert Titel

Von COLLIN MCMAHON | Weil sie auf Facebook geschrieben hat, dass alle Leben wertvoll sind, wurde „Miss Swimsuit UK 2019“, Jasmine Archer-Jones, ihr Titel aberkannt. Zusätzlich wurde die hübsche Britin von der Facebook-Seite des Wettbewerbs entfernt.

[Jasmine Archer-Jones](#) (23) aus Chester, soll laut [The Sun](#) am 3. Juli in Bezug auf die BLM-Demos gepostet haben: „Das ist lächerlich. Es muss AUFHÖREN. ALLE Leben zählen. Wenn man sich die Statistiken ansieht, sind vergangenes Jahr mehr UNBEWAFFNETE WEISSE Menschen als SCHWARZE in USA gestorben.“ George Floyd habe sich bei seiner Verhaftung am 25.5. gegen die Polizeibeamten gewehrt, so Archer-Jones, und habe „ANGEBLICH Drogen im Körper gehabt“, so die Schönheitskönigin in ihrem Post.

Für dieses „Verbrechen“ haben die Organisatoren des Wettbewerbs „Miss Swimsuit UK“ der Gewinnerin 2019 ihren

Titels aberkannt und sie von der Facebook-Seite des Wettbewerbs entfernt.

„Der linke Meinungsterror greift um sich und zerstört Existenzen“, sagte der außenpolitische Sprecher der AfD im Bundestag Petr Bystron zu PI-NEWS. „Als Thilo Sarrazin sein vorletztes Buch *Tugendterror* genannt hat, haben sich dieselben Tugendterroristen darüber lustig gemacht, die jetzt Existenzen zerstören. Systeme, die Menschen wegen ihrer Meinung ‚wegretuschieren‘ sind dem Untergang geweiht. Es ist wie in den letzten Tagen des Kommunismus, als der politische Apparat sich verzweifelt gegen jede Kritik stemmte, obwohl alle längst wussten, dass das System auf einer Lüge aufgebaut ist.“

Neben der Äußerung, „Alle Leben zählen“ beging Archer-Jones ein weiteres „Verbrechen“: So soll sie einen Freund in Houston, Texas haben, der „Donald Trump unterstützt“ und ähnliche BLM-kritische Posts gemacht habe. Selbst etwas so Lapidares versucht die britische *The Sun* zu skandalisieren. Die Berichterstattung gleicht einer Inquisitionsanklage: Archer-Jones habe den Post zwar entfernt, so die *Sun*, doch dies sei nur ein „Versuch, es unter den Teppich zu kehren und so zu tun, als sei nichts gewesen“ zitierte die Zeitung einen anonymen Denunzianten, „aber die Organisatoren haben sie rasch wegretuschiert.“

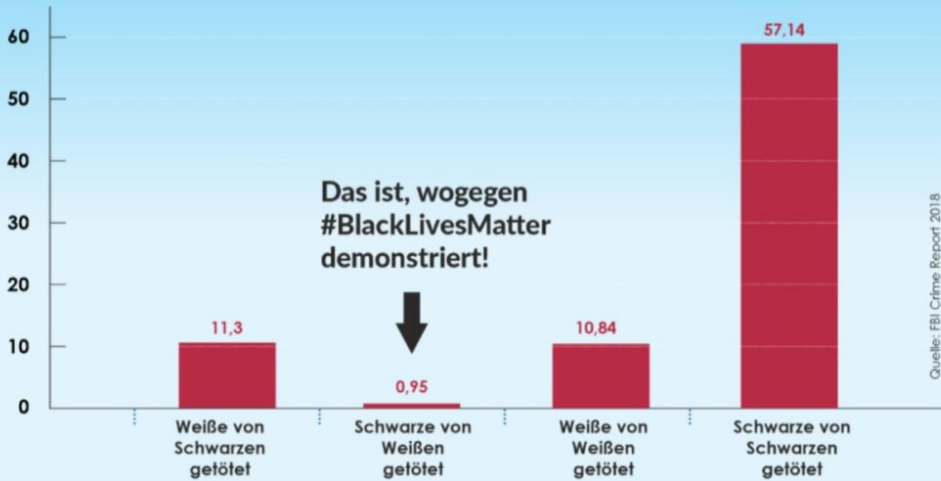
Die Organisatoren des Miss Swimsuit Wettbewerbs „unterstützen die BLM-Bewegung und können es sich nicht leisten, mit Archer-Jones in Verbindung gebracht zu werden“, so die *Sun*. Die republikanische Kongresskandidatin [DeAnna Lorraine](#) kritisierte auf Instagram die Entscheidung scharf: „Die Meinungsfreiheit ist somit offiziell ein Ding der Vergangenheit.“

Wie verlogen die ganze #BlackLivesMatter Bewegung ist, zeigt auch die folgende Grafik:

Morde an schwarzen und weißen Menschen

USA 2018

(pro 1.000.000 Einwohner der Hautfarbe des Täters)



Abonnieren Sie unseren Telegram-Kanal

PINEWS
t.me/PINEWS1



Dem Mittelstand wird es an den Kragen gehen

Von TORSTEN GROß | Ray Dalio, Gründer des weltgrößten Hedgefonds Bridgewater Associates und mit einem Vermögen von

mehr als 18 Milliarden Dollar einer der reichsten Männer der USA, hat sich in einem längeren Interview zur Entwicklung der Weltwirtschaft nach dem Ende der Corona-Krise geäußert. Dalio, der in den Vereinigten Staaten ein viel beachteter Analyst ist, malt eine düstere Zukunft an die Wand. Seiner Meinung nach werde die Pandemie eine wirtschaftliche Depression zur Folge haben, deren Ausmaß das der Finanzkrise von 2008 deutlich übertreffen werde.

Der bevorstehende ökonomische und soziale Niedergang könne einen ähnlichen Umfang annehmen wie die Great Depression zu Beginn der dreißiger Jahre, die mit dem Börsencrash vom Oktober 1929 ihren Anfang nahm. Damals kam es zu einem massiven Rückgang der Industrieproduktion und des Welthandels, was in eine Deflationsspirale mündete und zur Zahlungsunfähigkeit vieler Unternehmen führte. Daraus resultierten Massenarbeitslosigkeit und soziale Verelendung, aber auch politische Krisen. Ein ähnliches Szenario beschwört Dalio für die kommenden Jahre herauf, wobei Corona aber nur der Auslöser ist.

Etwa alle 75 Jahre, so der Starinvestor, gehe ein langfristiger Schuldenzyklus zu Ende, was nicht nur eine wirtschaftliche Krise, sondern auch tiefgreifende politische und gesellschaftliche Veränderungen zur Folge habe. Dieser Punkt sei nun erreicht. Am Ende der Katharsis stehe eine »neue Weltordnung«.

Dalio rechnet damit, dass die Globalisierung teilweise rückgängig gemacht werde, eine Entwicklung, die bereits vor dem Ausbruch der Corona-Epidemie mit dem Handelskonflikt zwischen den USA und China eingeleitet wurde. Eine spürbare Verringerung des internationalen Warenaustausches würde auch und gerade die Exportnation Deutschland empfindlich treffen und die mittel- bis langfristigen Wachstumsperspektiven unserer Volkswirtschaft eintrüben.

Dalio geht davon aus, dass der Wirtschaftseinbruch nicht nur

durch die Bereitstellung von Liquidität seitens der Notenbanken, sondern auch durch die Umverteilung von Vermögen aufgefangen werde. In der Folge sei mit einem wieder anziehenden Wachstum und sinkenden Staatsschulden zu rechnen, die sich allein in den USA auf aktuell 24 Billionen Dollar belaufen.

Der Übergang zu einer Neuordnung der Wirtschaft werde ungefähr drei Jahre dauern. Daran anschließend dürfte es wieder zu Produktivitätszuwächsen und einem signifikanten Abbau der Arbeitslosigkeit kommen.

In der Zwischenzeit müsse mit erheblichen Verwerfungen einschließlich innen- wie außenpolitischer Konflikte bis hin zu Kriegen und Bürgerkriegen gerechnet werden. Bis die Aktienmärkte wieder ihre alten Höchststände von vor der Krise erreicht hätten – der Dow Jones markierte sein All Time High am 12. Februar 2020 mit 29.551,42 Punkten –, werde es »Jahre« dauern, so Dalio. Nach dem Zusammenbruch der US-Börse am 24. Oktober 1929 brauchte der amerikanische Aktienindex übrigens ein Vierteljahrhundert, um seinen am »Schwarzen Freitag« erlittenen Kursverlust wieder wettzumachen.

Die düstere Vorhersage von Ray Dalio korrespondiert mit einer aktuellen Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Danach wird die Weltwirtschaft 2020 wegen des von der Politik verhängten Stillstands der ökonomischen Aktivitäten um drei Prozent schrumpfen. Im Januar rechnete der IWF noch mit einem Wachstum von 3,3 Prozent. Das war, bevor sich das Coronavirus von China ausgehend über den ganzen Globus verbreitete. Für die Länder der Euro-Zone wurde immerhin ein Zuwachs von 1,3



Prozent vorhergesagt. Doch selbst diese eher verhaltene Schätzung ist nun Makulatur. Jetzt rechnen die Experten mit einem Rückgang von 7,5 Prozent. Für Deutschland soll der Konjunkturabschwung mit 7 Prozent nur unwesentlich geringer ausfallen.

Die billionenschweren Rettungspakete zur Stützung der Wirtschaft in der Corona-Pandemie, die man weltweit schnürt – allein die US-Regierung stellt Finanzhilfen in Höhe von 2 Billionen Dollar zur Verfügung, hinzu kommt die Geldschöpfung der Notenbank –, wird die bereits heute exzessive Verschuldung der öffentlichen Haushalte noch einmal dramatisch anschwellen lassen. Man folgt damit der vom britischen Ökonomen John Meynard Keynes Mitte der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts entwickelten Strategie, dass der private Nachfrageausfall in einer Krise durch staatliche Ausgaben kompensiert werden müsse, um das Wachstum der Wirtschaft anzukurbeln. Darüber hinaus wird das Staatsdefizit durch die massiven Steuerausfälle befeuert, die wegen des sinkenden Sozialprodukts allein in Deutschland auf 10 bis 15 Prozent taxiert werden, was Mindereinnahmen von mehr etwa 100 Milliarden Euro für den Fiskus in diesem Jahr mit sich brächte.

Die öffentliche Hand gerät also durch die Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen fiskalisch massiv unter Druck. Das bereitet den politischen Boden für die auch von Dario angesprochene Umverteilung von Vermögen. Die Idee, »Reiche« zur Kasse zu bitten, um die Staatsschulden in den Griff zu bekommen, ist nicht neu. Bereits in seinem Fiskalbericht 2013 schlug der IWF eine [Sondersteuer](#) in Höhe von 10 Prozent auf alle Ersparnisse, Wertpapiere und Immobilien vor. Als historische Beispiele wurde auf die Vermögensabgaben nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg verwiesen, die damals von den Regierungen in verschiedenen Staaten erhoben worden waren, so auch in Deutschland mit dem Lastenausgleichsgesetz von 1952.

Für Europa forderte das SPD-nahe Deutsche Institut für

Wirtschaftsforschung (DIW) 2012 eine einmalige 10-Prozent-Abgabe auf Vermögen, die – bei einem Freibetrag von 250.000 Euro – zum damaligen Zeitpunkt allein in Deutschland 230 Mrd. Euro in die Staatskasse gespült hätte. Heute dürften es deutlich mehr sein.



In einem wenig beachteten [Gastbeitrag](#) in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* schlug Karsten Wendorff, Mitglied im Vorstand der Deutschen Bundesbank, für Italien eine Zwangsanleihe vor, die von allen Bürgern des Landes gezeichnet werden sollte, die über ein Nettovermögen von mindestens 50.000 Euro verfügten.

Ziel war eine Halbierung der italienischen Staatsschulden. Solche Modelle könnten alsbald auch in Deutschland zur Debatte stehen. Aktuell sind es die Linkspartei und Teile der SPD, die ihre jahrelange Forderung nach einer Abgabe für Vermögende im Zeichen der Corona-Krise neu aufwärmen.

Noch hält sich die Bundesregierung in dieser Frage bedeckt, aber das dürfte sich ändern. Die vom DIW und Bundesbankvertreter Wendorff genannten Schwellenwerte zeigen, dass von einem solchen Eingriff in das private Eigentum keineswegs nur die »breiten Schultern« betroffen sein würden, sondern der Mittelstand und damit die Leistungsträger der Gesellschaft.

Die »neue Weltordnung« nach Corona, die Ray Dalio in seinem Interview prophezeit, dürfte den Durchschnittsbürger vor allem

in Deutschland teuer zu stehen kommen, wo man einkommenssteuerrechtlich schon mit Einkünften über 57.000 Euro zu den Spitzenverdienern zählt.

Bestellinformationen:

» Markus Krall: [Die bürgerliche Revolution](#), 300 Seiten, 22,00 Euro – [hier](#) bestellen!

» Thor Kunkel: [Das Wörterbuch der Lügenpresse](#), 383 Seiten, 22,99 Euro – [hier](#) bestellen!

(Dieser Beitrag ist zuerst bei [KOPP Report](#) erschienen).



Multifunktions-Transe Olivia Jones liest erneut in Kitas und Schulen

Von CANTALLOOP | Jetzt wird es richtig bunt! Um unsere Kinder auf die schöne, neue Welt „da draußen“ richtig vorzubereiten, werden immer mehr bildungsrelevante Einrichtungen mit LGBT-Propaganda (=Lesbian, Gay, Bisexuell & Transgender) beaufschlagt. Ein deutschlandweit bekannter Transvestit namens „Olivia Jones“, der ansonsten Porno-Karaoke oder auch geführte Kiez-Touren im Rotlichtviertel von St. Pauli anbietet und

darüber hinaus ein Erotik-Museum nebst „Puff-Zimmer“ führt, erfreut fortan [Kinder und Jugendliche wieder verstärkt mit Lesungen](#) aus seinem bereits 2015 erschienenen Kinder-Buch „Keine Angst in Andersrum“, das unverblümt für alle denkbaren Lebens- und Lebensweisen wirbt.

Dieses nicht ganz unumstrittene Machwerk hat es mit ministerialem Beistand (Gleichstellungs-Behörde) aktuell bis hinein in die als modern angesehene [Empfehlungs-Liste für den sogenannten Kita-Medienkoffer](#) geschafft. Ob dieses Vorgehen tatsächlich so harmlos und kindgerecht ist, wie es behauptet wird, mag man durchaus anzweifeln.

BRD 2019: „Olivia macht Schule“, ein Projekt zur Akzeptanz von Vielfalt

Dementsprechend gilt: ob schillernde Drag-Queens mit zum Teil vollkommen überzogener Sexualdarstellung als pädagogische Ratgeber für Kita- und Grundschulkindern eine geeignete Wahl darstellen oder ob diese Paradiesvögel die Kleinen nicht vielmehr ängstigen und verwirren, muss ein Jeder für sich selbst entscheiden.

Eine staatliche Empfehlung braucht es dafür sicher nicht. Jedermann, der noch einigermaßen Gespür für Normalität, Wahrheit und Anstand besitzt, vermag seine Kinder durchaus noch in der bewährten und althergebrachten Art und Weise zu erziehen. Bestimmt wird die aktuell forcierte Öffentlichkeitsarbeit von Oliver Knöbel alias „Olivia Jones“ auch nicht in dem Umfange hinterfragt, wie es vielleicht gesamtgesellschaftlich angemessen wäre. Dadurch werden soziale Friktionen und Spannungen quasi vorprogrammiert.

Denn gemessen an ihrem tatsächlichen Anteil in der Gesamtbevölkerung wird diesen *LGBT-People* entschieden zu viel mediale Präsenz eingeräumt. Ein Jeder soll nach seiner Fassung glücklich werden, das ist selbstredend klar.

Doch wenn der Mehrheitsgesellschaft selbst die übersteigerten

Fetisch-Obsessionen einer zu vernachlässigenden Minderheit von „Queeren“, die ihr Anderssein wie eine Monstranz vor sich hertragen, gleichsam als erstrebenswerte „Normalität“ angepriesen werden, so stellt dies nicht mehr nur einen simplen Fingerzeig dar. Sondern ist vielmehr eine grünbunte und Zeitgeist-orientierte Indoktrination. Eine Vielzahl von ausdrücklich nicht-homophoben Bürgern fühlt sich nämlich von solch grotesken Figuren bisweilen eher abgeschreckt als angezogen. Von deren Kindern ganz zu schweigen.

Die abschließende Frage indessen, nämlich, wie unsere immer stärker anwachsende moslemische Community mit dieser Art von frühkindlicher Prägung durch aufgetakelte Transen-Clowns umgeht, ist sicherlich ebenfalls von spannender Natur.

Das Schöne an diesem neuen Deutschland ist in jedem Falle: die übrige Welt muss keine Angst mehr vor ihm haben. Grund zur Beunruhigung haben vielmehr nur diejenigen, die schon länger da leben.



Staatsanwaltschaft München sieht in „Good night white pride“ keine Gewalt

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am 20. Juli veranstaltete die Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) in München [eine](#)

Gedenkveranstaltung zu der rechtskonservativen Widerstandsgruppe um Graf Stauffenberg gegen den linksextremen National-Sozialismus. Einige Gegendemonstranten hielten das „Good Night – White Pride“-Transparent hoch, das einen Fußtritt mit gestrecktem Bein gegen den Kopf eines wehrlos am Boden liegenden Menschen zeigt. Ich stellte vor Ort gegen die vier Personen, die dieses Transparent hochhielten, einen Strafantrag wegen Gewaltdarstellung nach § 131 StGB.

Am 27. September erhielt ich hierzu einen Einstellungsbescheid der Staatsanwaltschaft München I. Dieser brutale Kopftritt wird darin allen Ernstes als „Kampfszene zwischen zwei Menschen in stilisierter Form“ gewertet. Eine „Billigung exzessiver Gewalttätigkeit“ könne der Darstellung „nicht entnommen“ werden.

Hierzu ist festzustellen, dass diese „Kampfszene“ einem echten Foto exakt nachempfunden wurde. Am 9. Mai 1998 trat der damals 18-jährige dunkelhäutige Harlon Jones einem am Boden liegenden weißen Amerikaner bei der Ann Arbor City Hall gegen den Kopf.

Dies geschah im Umfeld einer Demonstration von weißen Amerikanern von der Gruppierung „American Knights of the Ku Klux Klan“. Gegen diese ganz offensichtlich rassistische Veranstaltung hatte sich ein breiter Protest gebildet. Mehrere hundert Gegendemonstranten scheinen dann auch die knapp 50 Klu Klux Klan-Aktivisten durch die Stadt Ann Arbor im US-Staat Michigan gejagt zu haben, was man also als echte „Hetzjagden“ bezeichnen kann. Der Kopftreter Jones hat hierzu auch im Rahmen eines Interviews stolz ein Statement abgegeben:

„Dann sah ich plötzlich Leute in die andere Richtung rennen, also rannte ich in diese Richtung und es waren ungefähr fünf Leute, die den Kerl auf dem Bild, seinen Freund und eine ihrer Freundinnen jagten. Einer von ihnen wurde angesprochen und gefragt, ob sie KKK seien, und er sagte ja. Also haben wir sie irgendwie verfolgt und der kleinere Typ und sein Mädchen sind davongekommen, aber der andere, größere Typ – es

fühlte sich einfach so an, als wären alle für eine Millisekunde gesichert, und ich bin einfach hin und habe ihn getreten.

Und das werde ich nie vergessen, als jemand auf mich zukam und sagte: ‚Yo! Sie fotografieren Dich, Mann! Wechsel Deine Kappe mit meiner!‘ Für den Rest des Tages hatte ich nicht einmal die gleiche Kappe.“

Das Original auf Englisch kann man [in diesem Artikel](#) nachlesen. Hier das Foto dieses Kopftritts vom 9.5.1998 und das exakt nachempfundene Antifa-Banner:



Die gelbe Stoppuhr und die Mütze lassen unzweideutig auf meine Person schließen. Das folgende Banner wurde uns auch von Linken bei einer Kundgebung der damaligen Partei „Die Freiheit“ im Juni auf dem Hohenzollernplatz in München höhnisch lachend entgegengehalten: